Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Westhofener Zeitung, Iserlohner Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerteruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ✦ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ✦ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 263 — Donnerstag, den 8. November 1923 — 56. Jahrgang

Neues in Kürze.

Die Relation der Papiermark.

wtb **Berlin**, 8. Nov. (Tel.) Gestern nachmittag hielt das Kabinett eine Sitzung ab, worin über die Relation der Papiermark zu den wertbeständigen Zahlungsmitteln Beschluß gefaßt wurde. Der Reichsfinanzminister wird einen bestimmten Plan vorlegen.

Das Reichs-Innenministerium.

bb **Berlin**, 8. Nov. (Tel.) Es verlautet, daß neben dem Oberbürgermeister Dr. Jarres auch der Oberbürgermeister Dr. Most von Sterkrade als Kandidat für den Posten des Reichsinnenministers in Betracht komme.

Der Staatsrat.

wtb **Berlin**, 7. Nov. (Tel.) Der Staatsrat wird am 12. November zu einem neuen Tagungsabschnitt zusammentreten. Zur Beratung stehen neben verschiedenen kleineren Vorlagen ein Gesetzentwurf über die Kirchenverfassung der evangelischen Landeskirche.

Die Rentenbankscheine.

wtb. **Berlin**, 6. Nov. Am 15. November sollen insgesamt 243 Millionen Mark in Rentenbankscheinen hergestellt sein. Mit der Prägung der Rentenpfennige wird noch in dieser Woche begonnen werden. Der Tag, an dem das Rentengeld herauskommen wird, läßt sich noch nicht mit Sicherheit angeben, weil eine sorgsame Verteilung über das ganze Reich vorausgehen muß. Man darf aber darauf rechnen, daß die Rentenmark und der Rentenpfennig sehr bald in die Hauptkanäle des Zahlungswesens eindringen und dem Verkehr zur Verfügung stehen werden.

Antrag auf Verfassungsprüfung.

bb **Berlin**, 7. Nov. (Privattel.) Die deutschnationale Volkspartei hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, einen Ausschuß von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Weimarer Reichsverfassung im Sinne einer besseren Berücksichtigung gesunder föderalistischer Grundsätze zu überprüfen hat.

Westfälischer Provinzial-Landtag.

* **Münster**, 7. Nov. Der westfälische Provinzial-Landtag wurde zu einer Sondertagung auf den 10. November einberufen.

Ein Hilferuf aus Düren.

* **Düren**, 7. Nov. Die Stadtverwaltung, die politischen Parteien, Beamtenorganisationen, Gewerkschaften, Geistlichkeit, wirtschaftliche und kulturelle Verbände haben gemeinsam einen Aufruf an alle Regierungen, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben, sowie an die Rheinlandkommission gerichtet mit der Bitte, der Sonderbündlerherrschaft in Düren ein Ende zu machen. Dieser Aufruf der gequälten und drangsalierten Bevölkerung erneuert gleichzeitig das Treuegelöbnis zum Reich.

Oesterreichische Hilfe für Deutschlands Not.

wtb **Berlin**, 6. Nov. Der Bürgermeister der Stadt Wien hat dem Reichspräsidenten ein Schreiben gesandt, in dem er mitteilt, daß die Wiener Gemeindeverwaltung den Beschluß gefaßt hat, zur Linderung der Not im Deutschen Reiche eine Milliarde österreichische Kronen zu stiften und diesen Betrag dem Reichspräsidenten zur Verfügung nach freiem Ermessen überweise.

Der Reichspräsident hat in einem Schreiben an den Bürgermeister von Wien herzlichsten Dank des deutschen Volkes übermittelt.

Sachsen ruft den Staatsgerichtshof an.

* **Dresden**, 7. Nov. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Die sächsische Regierung hat wegen des Vorgehens der Reichsregierung und des Reichspräsidenten gegen das Ministerium Zeigner und wegen der Amtsenthebung der bisherigen Minister durch den Reichskommissar und des Verbots des Landtagszusammentritts am 30. Oktober die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Verfassungsmäßigkeit dieser Maßnahmen angerufen.

Holländischer Lebensmittelzug.

wtb **Amsterdam**, 8. Nov. (Tel.) Das niederländische Rote Kreuz beabsichtigt, einen Zug mit Lebensmitteln nach Deutschland zu entsenden. Einer der Sekretäre der Vereinigung wird sich nach Berlin begeben, um mit dem Reichsernährungsminister zu beraten, wohin der Zug am zweckmäßigsten geleitet werde.

Der Kronprinz bleibt in Holland.

* bb **Berlin**, 7. Nov. (Tel.) Aus Rotterdam wird gemeldet, daß der frühere deutsche Kronprinz die Meldung dementiere, wonach er beabsichtigen solle, Holland zu verlassen. Er habe erklärt, nicht einmal ein offizielles Gesuch gemacht zu haben.

Kommunistenverhaftungen in Rostock.

wtb **Rostock**, 7. Nov. (Tel.) In der Nacht zum Montag und auch im Laufe des gestrigen Tages sind hier bis jetzt 21 Kommunisten, darunter auch eine Frau, verhaftet worden. Bei verschiedenen Kommunisten wurden Haussuchungen vorgenommen und weitere Verdächtige festgenommen. U. a. wurde in Schutow bei Rostock ein Lager, enthaltend 60 Maschinenpistolen, aufgedeckt. Die Untersuchungen sind noch im Gange. Offenbar beabsichtigen die Kommunisten wie kürzlich in Schwerin und Neustrelitz, auch in Rostock einen Putsch, der in erster Linie gegen das Palais und das Gerichtsgebäude gerichtet sein sollte.

Schwere Tumulte in Krakau.

wtb **Warschau**, 7. Nov. (Tel.) Wie die Poln. Telegr.-Agentur meldet, wurden bei Tumulten in Krakau am Dienstagnachmittag 25 Personen getötet, 49 schwer und 29 leicht verletzt. Gegen Abend war vollständige Ruhe in der Stadt wiederhergestellt.

Bulgarien nimmt die Sühneforderungen an.

wtb **Sofia**, 7. Nov. (Tel.) Die bulgarische Regierung hat dem jugoslawischen Vertreter in Sofia ihre Antwort auf die Note wegen des Mordversuchs gegen die jugoslawischen Militärattachees in Sofia überreichen lassen. Die bulgarische Regierung nimmt darin die von der Belgrader Regierung gestellten Sühneforderungen an.

Verpflichtung zur Annahme von Reichsmark.

wtb **Berlin**, 7. Nov. (Tel.) Die Reichsregierung hat folgende Verordnung über die Verpflichtung zur Annahme von Reichsmark bei Inlandgeschäften unterm 7. November 1923 getroffen:

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches wird folgendes verordnet:

§ 1. Der Abschluß und die Erfüllung von Verträgen über die Lieferung von Waren oder die Bewirkung von Leistungen darf nicht deshalb verweigert werden, weil die Zahlung in Reichsmark erfolgt.

§ 2. Bei Preisstellung in einer ausländischen Währung ist Reichsmark zum letzten amtlich in Berlin notierten Kurse der ausländischen Währung oder den letzten nach § 2 der Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschatzanweisungen zum Einheitskurse vom 22. Oktober 1923 (RGBl. 1 S. 991) ermittelten oder errechneten Kurse der ausländischen Währung in Zahlung zu nehmen, und zwar zum Geld- oder Briefkurse oder einem dazwischen liegenden Kurse. Bei Preisstellung in Goldmark gilt Absatz 1 entsprechend mit der Maßgabe, daß eine Goldmark nicht höher als 10 42 des nordamerikanischen Dollars bewertet werden darf.

§ 3. Im Kleinhandelsverkehr ist Preisstellung in ausländischer Währung verboten. Bei Preisstellung in Goldmark im Kleinhandel darf der Berechnung des Reichsmarkbetrages kein höherer Dollarkurs zugrunde gelegt werden, als der auf Grund der letzten amtlichen Berliner Kurse für Auszahlung Newyork errechnete Mittelkurs.

§ 4. Bei Zahlung an öffentliche Kassen des Reiches oder der Länder für Forderungen, die auf Goldmark lauten, gilt als Goldmark der Gegenwert von 10 42 des nordamerikanischen Dollars. Für die Berechnung des Reichsmarkbetrages ist der letzte auf Grund der amtlichen Berliner Kurse für Auszahlung Newyork errechnete Mittelkurs maßgebend, soweit nicht der Reichsminister der Finanzen eine abweichende Berechnung zuläßt.

§ 5. Geschäfte, die gegen die Paragraphen 1 bis 3 verstoßen, sind nichtig. Die Nichtigkeit kann nicht zum Nachteil von Personen geltend gemacht werden, die den die Nichtigkeit begründenden Sachverhalt beim Abschluß des Geschäfts nicht kannten.

§ 6. Wer den Vorschriften der Paragraphen 1 bis 3 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus und Geldstrafe. Zur Sicherung der Geldstrafe kann das Vermögen des Angeschuldigten ganz oder teilweise beschlagnahmt werden. Neben der Strafe kann angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt gemacht wird. Die Bekanntmachung kann auch durch öffentlichen Anschlag erfolgen. Die Vorschriften des Paragraphen 26 Abs. 3, 4 der Preistreibereiverordnung v. 13. Juli 1923 (RGBl. 1 Seite 709) gelten entsprechend.

§ 7. Die Bestimmungen finden keine Anwendung auf Geschäfte, bei denen nach Paragraph 3 Abs. 1 der Ausführungsbestimmungen zur Valutaspekulationsverordnung vom 8. Mai, 29. Juni, 24. Juli, 24. August, 2. November 1923 (RGBl. 1 S. 275, 509, 748, 835, 1072) Zahlung in ausländischer Währung gefordert werden darf.

§ 8. Die Reichsregierung erläßt die erforderlichen Durchführungsbestimmungen.

§ 9. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Als Verkündung gilt auch die Verbreitung durch das Wolffsche Telegraphenbureau in Berlin und die Veröffentlichung in der Presse. Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 7. November 1923.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.
Der Reichskanzler: gez. Dr. Stresemann.
Der Reichswirtschaftsminister: gez. Koeth.
Der Reichsminister der Finanzen: gez. Luther.
Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: gez. Graf Kanitz.

Um Amerikas Eingreifen in Europa.

wtb **Washington**, 7. Nov. (Tel.) Zuständigerseits wird mitgeteilt, es sei nichts bekannt geworden, was die Hoffnungen auf eine endgültige Vereinbarung wegen der amerikanischen Teilnahme an der Wiederherstellungsfrage zerstreuen könnte, wenn auch ein weiterer Austausch von Mitteilungen zwischen Washington und Paris abgewartet werden müsse. Der Präsident Coolidge fordert zur Geduld auf. Die amerikanische Regierung ist bereit, Europa ihre besten Ratschläge zu geben, wenn die europäische Geistesverfassung aber derart ist, daß Europa den Rat verwirft, sind die Vereinigten Staaten nach der Auffassung von Coolidge machtlos.

wtb **London**, 7. Nov. (Tel.) Der Washingtoner Berichterstatter der Times schreibt, Coolidge und seine Ratgeber seien absolut sicher, daß Amerika Deutschland werde helfen müssen, wenn das deutsche Volk in diesem Winter vor dem Verhungern gerettet werden soll. Es sei selbstverständlich, daß diese Unterstützung prompt und weitherzig geboten wird. Eine Deutschland geleistete Hilfe dieser Art werde auch eine Hilfe für die Farmer sein. Die politischen Berater des Präsidenten hätten diesem gegenüber seit seinem Amtsantritt nichts so sehr betont als die Notwendigkeit, etwas für die Farmer zu tun. Es sei nicht schwierig, zu sehen, was geschehen würde, wenn die Ereignisse sich in der Richtung bewegten, worin sie sich augenblicklich zu bewegen schienen. Die amerikanische Regierung würde sich von dem Plane einer Sachverständigenuntersuchung dem Werke einer Unterstützung Deutschlands zuwenden. Es sei mehr als wahrscheinlich, daß dies ein Appell an den Kongreß für die sofortige Gewährung von Geldmitteln notwendig machen würde und später ein Appell an die Masse der Bevölkerung, um einen Fonds zusammenzubringen. Beide Appelle würden durch Propaganda unterstützt werden, die man sich leicht vorstellen könne. Die allgemeine Wirkung würde sein, daß Frankreich gefühlsmäßig isoliert würde, wie es jetzt politisch isoliert zu sein scheine.

wtb **Newyork**, 7. Nov. (Durch Funkspruch.) Nach einer Meldung aus Washington beschäftigt die Frage einer ausgedehnten Hilfe für die Bevölkerung Deutschlands die amtlichen Kreise. Es wird als wahrscheinlich angesehen, daß der Präsident an den im Dezember zusammentretenden Kongreß eine besondere Botschaft richten werde, worin er ähnliche Maßnahmen vorschlagen werde, wie sie für die Hilfe in Rußland in der letzten Tagung des Kongresses beschlossen wurden. Damals wurden 25 Millionen Dollar für den Ankauf von Nahrungsmitteln bereitgestellt.

Reichsindex für Lebenshaltung und Großhandel.

wtb **Berlin**, 8. Nov. (Tel.) Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten weist gegenüber der Vorwoche eine Steigerung von 620,5 Prozent auf. Für den Durchschnitt Oktober beträgt die Steigerung gegenüber dem Durchschnitt September 24,280 Prozent.

wtb **Berlin**, 8. Nov. (Tel.) Die am 6. berechnete Großhandels-Indexziffer ist gegenüber dem Stand vom 30. Oktober um 591,2 Prozent gestiegen. Das Goldniveau der Großhandels-Indexziffer hat sich in derselben Zeit von 120,5 auf 129 oder um 7,1 Proz. gehoben. Im Durchschnitt Oktober hat sich das Niveau der Preise um 29,525 Prozent auf das 7,7-milliardenfache des Friedensstandes und in Gold von 101,7 im Durchschnitt September auf 117,9 oder um 15,9 Proz. im Durchschnitt Oktober gehoben.

Oehme wieder verhaftet.

wtb **Berlin**, 7. Nov. (Tel.) Der Journalist Walter Oehme wurde heute nachmittag auf Anordnung des Befehlshabers im Wehrkreiskommando 3 aufs neue verhaftet. Im Haftbefehl wird als Grund der Festnahme die Verbreitung unwahrer Nachrichten, worin der Bürgerkrieg in Deutschland als unmittelbar bevorstehend dargestellt wird, angegeben, den Oehme als Gefahr für die Sicherheit des Reiches bezeichnet.

Ein Aufruf der Gewerkschaften und der Beamtenverbände.

wtb **Berlin**, 7. Nov. (Tel.) Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine deutsche Beamtenbund und der Deutsche Beamtenbund erlassen folgende von ihnen unterzeichnete Kundgebung:

Von außen aufs schwerste bedrückt, inmitten scharf zugespitzter innerwirtschaftlicher Krisen wird die Reichseinheit und der Bestand der Republik durch einen gewaltsamen Ansturm gefährdet. Die durch die Weimarer Verfassung gewährleisteten Volksrechte sind bedroht. Die soziale und wirtschaftliche Not der Arbeiter, Angestellten, der Rentner und der übrigen unbemittelten Volksschichten wird von Tag zu Tag unerträglicher. Es kommt dazu noch der Kampf der einzelnen Volksgenossen gegeneinander. So werden damit die letzten Möglichkeiten zur Behebung der außen- und innenpolitischen Nöte zerstört. Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Verbände als Vertretung des werktätigen Volkes rufen ihre Mitglieder und alle übrigen auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden Volkskreise auf, sich zum Schutze der Verfassung und der Republik zur Verfügung zu stellen, wie auch die Gewerkschaften selbst ihre Organisationen zur Abwehr bereitstellen.

Kardinal Faulhaber an den Reichskanzler

wtb. **Berlin**, 6. Nov. In Beantwortung eines Schreibens, das Reichskanzler Dr. Stresemann an den Kardinal Erzbischof Faulhaber in München gerichtet hatte, ist dem Reichskanzler folgende Zuschrift des Kardinals zugegangen:

Geehrter Herr Reichskanzler!

In Ihrer geschätzten Zuschrift vom 13. Oktober haben Sie wiederholt einen Gedanken ausgesprochen, der auch in Ihren öffentlichen staatsmännischen Reden zum Teil wiederklingt, daß nämlich nur in der sittlichen Wiedergeburt des deutschen Volkes die starken Wurzeln der wirtschaftlichen und politischen Wiedererhebung liegen, und daß die katholische Kirche für diese Leitung der Volksseele einen großen Einfluß auszuüben imstande sei. Dieser Gedanke ist mir so ganz aus der Seele gesprochen und enthält eine so hohe Einschätzung der friedlichen Zusammenarbeit von Kirche und Staat, daß ich mich verpflichtet fühle, Ew. Exzellenz für den Brief vom 13. Oktober ergebenst zu danken. Es ist mir leider aus gesundheitlichen Gründen und aus kirchenrechtlichen Bedenken nicht möglich, für den in Ihrem Briefe gemachten Vorschlag mich zur Verfügung zu stellen. Ich darf aber, ohne in rein politische Entwicklungen einzugreifen und zu allen politischen Tagesfragen von heute Stellung nehmen zu wollen Ew. Exzellenz die Versicherung geben, daß die Kirche es als eine Gewissenspflicht empfindet, an der sittlichen Wiedergeburt des Volkes, im besonderen an dem Abbau der Genußsucht und an der Pflege des Autoritätswillens, an dem Abbau des Hasses und der Standesgegensätze und an der Pflege des Gemeinschaftssinns, an dem Abbau der Selbstsucht und an der Pflege des Opfersinns nach Kräften mitzuarbeiten. Ich schreibe diesen Brief auf meine persönliche Verantwortung, weiß mich aber gedankeneinig mit den bisherigen Hirtenschreiben der in Fulda versammelten Bischöfe. Wo sollen berufene Staatsmänner auf die Dauer den Mut haben, in der Regierung die Last der Verantwortung zu tragen, wenn ihnen fortwährend die Zirkel gestört und alle Kundgebungen und Maßnahmen der Regierung mit unfruchtbarer, rein negativer Kritik, statt mit positiver Mitarbeit beantwortet werden? Wie sollen wir über die ins riesenhafte gewachsene wirtschaftliche Not, über das mit der Arbeitslosigkeit kommende Elend dieses Winters Herr werden, wenn nicht alle sittlichen Mächte ohne Unterschied der Konfession und Standespflicht und Partei zusammen helfen? Wie wollen wir sonst den Haß abbauen, der blindwütig über unsere israelitischen Mitbürger oder über andere Volksgenossen in Bausch und Bogen ohne Schuldnachweis von Kopf zu Kopf den Stab bricht oder den Bürgerkrieg nährt, der unübersehbare neue Verwüstungen anrichtet und die Verelendung unseres armen Volkes durch Selbstzerfleischung besiegeln würde. Nach dem Zeugnis der Geschichte waren Bürgerkriege noch immer die erbittertsten und blutigsten und wundenreichsten Kriege. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich die föderalistische Umgestaltung der Weimarer Verfassung für eine staatsmännische Notwendigkeit halte, um die schleichenden Bürgerkriege zu beenden und wertvolle Kräfte aus dem Eigenleben der deutschen Volksstämme für den Dienst am Ganzen zu gewinnen. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß alle Reichsschulgesetzversuche, die bisher zu recht bestehende Bekenntnisschule in ihrem Rechtszustand zu bedrohen und das Vertrauen weiter Kreise zum Reich zu erschüttern geeignet wären. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß die Treue des bayrischen Volkes zu seinem Königshause das Recht der politischen Selbstbestimmung für sich in Anspruch nimmt. Das alles darf aber nur auf verfassungsmäßige und unblutige Weise geschehen, nicht durch Umsturz und gewaltsame blutige Eingriffe in den Gang der Entwicklung. Möge es mit Gottes Hilfe gelingen, in erster Linie unserem armen Volke Brot und Arbeit zu geben, mit den Nachbarvölkern zu einem friedlichen Ausgleich auf dem Boden der Gerechtigkeit und Billigkeit zu kommen und das Schwert des Bürgerkrieges fernzuhalten. Es ist mir ein Bedürfnis, geehrter Herr Reichskanzler, Ihnen das als Antwort auf Ihren geschätzten Brief zu schreiben.

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter aufrichtiger Hochschätzung verbleibe ich Ew. Exzellenz ergebener

Kardinal Faulhaber, Erzbischof von München.

Dieser Brief des Kardinals ist — so teilt die Köln. Ztg. mit — die Antwort auf ein Schreiben des Reichskanzlers an ihn. Die Andeutungen über den Inhalt des letzteren lassen den Wunsch wachwerden, es möchte auch das Schreiben des Reichskanzlers wenigstens inhaltlich veröffentlicht werden. Besonders würde es interessieren, welchen Vorschlag der Reichskanzler dem Kardinal gemacht hat, für den letzterer sich aus gesundheitlichen Gründen und aus kirchenrechtlichen Bedenken nicht einsetzen zu

Deutsche Wirtschaftszahlen

am 8. November.

[Die Zahlen in Milliarden.]

Großhandel für das Reich am 30. X.	18,7
Lebenshaltg. " " " am 29. X.	13,671
1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs	150
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 6. XI.	100
Goldmarkurs der Reichsbahn für Personen- und Güterverkehr am 6. XI.	100
Fernbrief ab 5. XI.	1
Fernpostkarte ab 5. XI.	0,5
Buchschlüssel	161
Buchdrucker-Schlüsselzahl ab 30. X.	6,8
Anzeigenschlüssel vom 6. XI. ab	0,130
Ankaufspreis für Reichssilbermünzen ab 5. XI.	35
Steuerermäßigungsmultiplikator in der Woche vom 4. XI.—10. XI.	2000

Der Dollar am 7. XI. 23:

Dollarkurs Geld: 628 425 000 000 Brief: 631 575 000 000

Ehres sollen. Wenn wir Klar hören, hat der Reichskanzler in seinen Schreiben viele Gedanken ausgesprochen, daß jetzt der Augenblick es wünschenswert erscheinen lasse, daß jeder an seiner Stelle im Sinne der Reichseinheit wirke.

Politische Umschau

Deutschnationale und Reichsregierung.

hb **Berlin**, 7. Nov. Im Reichstag hielten gestern nachmittag die Fraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten Sitzungen ab, in denen hauptsächlich die Frage behandelt wurde, ob eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung möglich sei. Wenn auch in der Sitzung der deutschnationalen Fraktion kein Beschluß gefaßt wurde, so kam doch die Meinung zum Ausdruck, daß eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Reichsregierung unter Beibehaltung der gegenwärtigen Regierungsform nur in Frage komme, wenn sie in der Regierung so vertreten wären, daß sie sich durchsetzen könnten. Voraussetzung sei ferner, daß alsbald auch die Zusammensetzung der preußischen Regierung entsprechend geändert werde. Auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei faßte zu der Frage keinen Beschluß. Den Blättern zufolge sollen innerhalb der Fraktion Neigungen bestehen, den Deutschnationalen entgegenzukommen. Die demokratische Fraktion verhielt sich völlig ablehnend gegenüber dem Gedanken, die Deutschnationalen in die Regierung aufzunehmen. Die Fraktionsbesprechungen und die Fühlungnahme der einzelnen Fraktionen untereinander sollen heute fortgesetzt werden.

Föderalismus und Reichswehr.

Unter der Ueberschrift „Föderalismus und Reichswehr" hat Generalleutnant Reinhardt, der letzte preußische Kriegsminister, jetziger Befehlshaber im Wehrkreis 5, einen Aufsatz im Schwäbischen Merkur veröffentlicht, der gerade jetzt die größte Beachtung verdient. General Reinhardt geht davon aus, daß nach dem Zusammenbruch bei der Schaffung einer neuen Wehrverfassung das Kernstück der früheren militärischen Reichseinheit fehlte, der preußische König als Oberbefehlshaber, der sich auf den größten Teil der Wehrmacht stützen konnte. Die alten bayrischen Reservatrechte konnten als solche nur aufgehoben werden im Gegensatz zur preußischen Armee. Heute aber nimmt Preußens Wehrmacht im Reiche dieselbe Stellung ein, wie diejenige Bayerns, Württembergs oder Sachsens. Daraus ergab sich, daß das Reich ohne Reichswehr dem guten Willen seiner Gliedstaaten abhängig wäre. Das war aber mit der Sicherung der Existenz des Reiches nicht vereinbar. „Es gab nur einen Ausweg, nun in dieser Zeit tiefster Not auf dem Verfassungswege ein einheitliches Reichsheer zu schaffen." Dabei war auf die Landsmannschaftlichkeit eine gewisse Rücksicht zu nehmen. Es wurde daher bewußt an alte geschichtliche Prinzipien angeknüpft. Die einheitliche Unterordnung unter die Reichsleitung durfte aber keine Lücke erfahren."

General Reinhardt schreibt weiter: „Ziehen wir die Nutzanwendung für den augenblicklichen Konflikt zwischen Bayern und dem Reich, so erhellt daraus klar, daß es dem Wesen des heutigen einheitlichen Reichsheeres widerspricht, wenn irgendein Führer sich der obersten Befehlsgewalt, des Chefs der Heeresleitung und der verfassungsmäßig über diesem stehenden Persönlichkeiten nicht unterwirft." Wenn dem Beispiele Bayerns Preußen, Lübeck, Waldeck und andere folgen wollten, so wäre es mit dem Reichsheer zu Ende. „Nein, diese Wege sind Abwege. Halten wir fest am einheitlichen Reichsheer."

Auszeichnung einer deutschen Krankenschwester.

hb **Berlin**, 7. Nov. Das Internationale Rote Kreuz in Genf, das alle sieben Jahre die Florence-Nightingale-Medaille an die 6 verdienstvollsten Krankenschwestern der ganzen Welt verleiht, hat in diesem Jahre diese seltene Auszeichnung auch einer deutschen Schwester, der Frau Oberin Marie Douglas des Frauenvereins vom Roten Kreuz für Deutsche über See, zuerkannt. Anläßlich der Ueberreichung der Medaille an die Oberin Douglas fand im großen Saale des ehemaligen Kolonialamtes, jetzigen Wiederaufbauministeriums eine Feier statt, bei der ihre Verdienste der Oberin Marie Douglas, die viele Jahre in Kamerun und Südwestafrika unter dem Roten Kreuz gedient hat, gewürdigt wurden. Die Glückwünsche des Reichskanzlers überbrachte der Staatssekretär der Reichskanzlei Herr Kempkes, die der Kolonialverwaltung Herr Ministerialdirektor Meyer-Gerhard. Von ehemaligen Gouverneuren waren die Herren Hahl (Neu-Guinea), Meyer-Waldeck (Stantschou), Dr. Schnee (Ostafrika) und Dr. Seitz (Südwestafrika) erschienen, die ein Bild der Tätigkeit des Roten Kreuzes in ihren ehemaligen Kolonien gaben, während der langjährige Referent für Medizinalwesen im Kolonialamt, Generaloberarzt Dr. Steudel, die Wirksamkeit des Roten Kreuzes in den Schutzgebieten Kamerun und Togo schilderte.

Die militärische Ueberwachung.

* **Paris**, 6. Nov. Der Temps berichtet, die Botschafterkonferenz habe gestern der deutschen Regierung eine neue Note über die Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle in Deutschland zugehen lassen. Die deutsche Regierung wird ersucht, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Kontrolle, die seit zehn Monaten geruht habe, wieder in die Erscheinung treten könne. Die Botschafterkonferenz wünscht, bis zum 10. November über die Stellungnahme der deutschen Regierung unterrichtet zu sein.

Der Lausanner Mordprozeß.

wib. **Lausanne**, 6. Nov. Heute nachmittag setzte das Schwurgericht die Vernehmung der von der Zivilpartei vorgeladenen Zeugen fort. Der in Berlin lebende russische General Dobrowolski, der einen hohen Posten in der Wrangelarmee inne hatte, erklärte, Wrangel sei ein ungewöhnlicher Abenteurer, der nicht das Heil Rußlands, sondern persönliche Zwecke verfolge. Der Terror der weißen Armee sei viel schlimmer gewesen als der rote Terror. Die russische Bevölkerung stehe auf seiten der Räteregierung, die gegenwärtig das einzig mögliche Regime in Rußland sei. Eine monarchistische Bewegung gebe es nur unter den Emigranten. — Der nächste Zeuge, ein amerikanischer Major Sidney Greff verurteilte die Greuelherrschaft der weißen Armee, die er während einer offiziellen Mission bei der Kolschakarmee in Sibirien 1918—20 auf Grund der ihm zugegangenen amtlichen Berichte kennen gelernt habe. Die tschechoslowakischen Truppen, die zuerst freundlich von der Bevölkerung aufgenommen wurden, hatten sich bald verhaßt gemacht. Das bolschewistische Regime werde von der Bevölkerung dem weißen Schrecken vorgezogen. Der Zeuge erklärte, er spreche nur aus, was alle in Sibirien weilenden Amerikaner dächten. — Der italienische sozialistische Abgeordnete Maffi, der Rußland kurz nach der Ermordung Worowskis besuchte, stellte dabei fest, daß niemals Ausschreitungen gegen die Schweizer stattgefunden hätten, daß aber das ganze Land, auch die Gegner des Räteregimes, die Mordtat als einen Angriff auf die gesamte Nation empfunden hätten. — Der Lausanner Arzt Dr. Montandon schilderte auf Grund eines längeren Aufenthalts in Sibirien als Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes die Greueltaten der weißen Armee, die von der Bevölkerung viel mehr gefürchtet worden sei als die rote Armee. Heute sei kein anderes als das Räteregime in Rußland möglich. Als Arzt, der Arena und Demilitarisierung sofort nach der Mordtat untersuchte, erklärte Montandon, die von Conradi abgegebenen Schüsse hätten tödlich wirken müssen. Es sei nur ein Zufall, wenn die beiden Mitglieder der russischen Abordnung nicht getötet wurden. — Als die Verteidigung zu Beginn der Sitzung den General Dobrowolski als deutschen Spion bezeichnete, untersagte der Präsident auf das nachdrücklichste der Verteidigung weitere Beleidigungen des Zeugen.

wib **Lausanne**, 7. Nov. (Tel.) In der heutigen Vormittagssitzung berichtete der französische Kommunist Rapaport, der russischen Ursprungs, über das Revolverattentat, das kürzlich in Berlin von einem russischen Offizier der Wrangel-Armee gegen seine Tochter verübt wurde. In einer längeren Darlegung verurteilte er den politischen Mord, von wem er auch ausginge. Hierauf begann die Vernehmung der von der Verteidigung geladenen Zeugen. Edith Conradi, die Tochter des Onkels des Mörders, eines reichen Petersburger Schokoladenfabrikanten Victor Conradi, sagte aus, daß ihr Vater im September 1918 nach der Ermordung des Sowjetkommissars Uritzki von den Bolschewisten bei Nacht aus seinem Hause verhaftet wurde. Nach einigen Wochen erfuhr sie, daß er erschossen worden sei. Die näheren Umstände des Todes sind unbekannt geblieben. Die Kinder verließen völlig mittellos Rußland. Der Verteidiger Muralt aus Montreux machte Angaben über die Familie Conradi, die er seit vielen Jahren kennt und über ernste Ausschreitungen, die während der russischen Revolution gegen verschiedene Schweizer begangen wurden.

Die preußische Grundvermögenssteuer.

Die preußische Grundvermögenssteuer ist auf Goldbasis gestellt. Die Veranlagungskosten werden dadurch auf ein geringstes Maß beschränkt, daß eine eigentliche Veranlagung nicht mehr erforderlich ist, vielmehr nur eine Berechnung der Steuer unter Zugrundelegung des bereits rechtsgültig feststehenden Grundstückswertes zu erfolgen braucht.

Die Steuer soll nach einer Verfügung bei den bebauten Grundstücken, abgesehen von den landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Grundstücken, also insbesondere bei dem städtischen Hausbesitz monatlich 20 Goldpfennige von je 1000 Mark des bei der letzten Veranlagung der früheren preußischen Ergänzungssteuer festgesetzten Grundstückswertes, bei allen übrigen Grundstücken, also insbesondere bei den landwirtschaftlichen Grundstücken, monatlich 25 Goldpfennige von je 1000 Mark des Ergänzungssteuerwertes betragen. Die monatlichen Steuerbeträge sind bei Beträgen bis zu 10 Goldmark für ein Grundstück auf volle Pfennige, bis zu 100 Goldmark auf volle 10 Pfennige und bei Beträgen über 100 Goldmark auf volle Mark nach unten abzurunden. Die Steuer wird von der Veranlagungsbehörde, dem Katasteramt, berechnet und in der Staatssteuerrolle nachgewiesen, die dann von der Gemeindebehörde als Hebestelle zur Einsicht für die Steuerpflichtigen ausgelegt werden soll; außerdem aber wird der Steuerpflichtige in dem Falle ohne weiteres in der Lage sein, im Anhalt an die Angaben des Bescheids über die Veranlagung der seit 1. April d. Js. bestehenden vorläufigen Grundvermögenssteuer die auf sein Grundstück monatlich entfallende Steuer in Goldmark selbst zu berechnen, wenn ihm der gedachte Veranlagungsbescheid bereits zugegangen ist. In größeren Städten, in denen die Einsichtnahme in die Staatssteuerrolle wegen der großen Entfernungen oft schwierig ist, wird den Steuerschuldnern, die den Veranlagungsbescheid über die vorläufige Grundvermögenssteuer schon erhalten haben, noch eine kurze Benachrichtigung über den neuen monatlichen Steuerbetrag in Goldmark zugehen. In den Fällen aber, in denen die Veranlagungsbescheide den Steuerschuldnern noch nicht zugestellt sind, werden sie vor der Zustellung allgemein entsprechend abgeändert werden. Sie werden dann also sofort den monatlichen Steuerbetrag in Goldmark nachweisen. Die monatliche Steuer in Goldwert wird in Papiermark umgerechnet nach dem am Zahlungstage geltenden Goldumrechnungssatz, der für die preußische Grundvermögenssteuer der gleiche ist, wie der Umrechnungssatz für die Reichssteuern. Dieser Goldumrechnungssatz wird vom Reichsfinanzminister täglich für den folgenden Tag festgesetzt und bei jeder Postanstalt sowie auf Anordnung des preußischen Finanzministers auch bei der Gemeindebehörde durch Aushang öffentlich bekanntgemacht.

Für die Miethausbesitzer ist insofern eine Vergünstigung vorgesehen, als der Umrechnung der von ihnen zu zahlenden Steuern bis zum fünften Werktage nach dem Fälligkeitstage der Goldumrechnungssatz des letztgenannten Tages zugrunde gelegt werden kann. Den Miethausbesitzern stehen also zur Umlegung der Steuern auf die Mieter und zur Abführung der Beträge an die Gemeindehebestelle sechs Tage (Fälligkeitstag und die fünf nächsten Tage) zur Verfügung. Bei späteren Zahlungen gilt auch für Miethausbesitzer der Goldumrechnungssatz des Zahlungstages.

Arbeitsfragen.

Zur Personalverminderung der Verwaltung.

Der Aktionsausschuß der Angestelltenräte bei den Reichs- und Staatsbehörden veröffentlicht folgende Kundgebung:

Die von der Reichsregierung endgültig aufgegriffene Forderung des deutschen Volkes, die Reichs- und Staatsverwaltungen und -betriebe zu vereinfachen, machen wir zu unserer eigenen, weil eine wirtschaftliche Umgestaltung des Verwaltungskörpers eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes ist. Die von der Reichsregierung angeordnete Personalverminderung im Verwaltungsapparat bedeutet jedoch keinesfalls eine Umgestaltung nach der wirtschaftlichen Seite, denn eine solche erfordert zunächst schärfsten Abbau des Bürokratismus, Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens und endlich Vereinfachung der Gesetzgebung. Die Durchführung dieser drei Gesichtspunkte würde notwendigerweise eine selbsttätige Personalverminderung zur Folge haben. Die Personalverminderung aber darf nur nach dem Gesichtspunkt der Auslese der Tüchtigsten erfolgen, weil sachliche Ausbildung und individuelle Eignung die Voraussetzung der Wiedergesundung des deutschen Wirtschaftslebens bilden. Die angeordnete restlose Entfernung der Angestellten aus den Verwaltungen widerspricht aber diesem Grundprinzip, weil gerade die Angestellten, die ihre Berufsausbildung im Wirtschaftsleben erhalten haben, auf Grund ihrer sachlichen Ausbildung und ihrer individuellen Eignung in die Verwaltung gerufen wurden, um einen belebenden Ausgleich zwischen dem starren Verwaltungskörper und dem beweglicheren Wirtschaftskörper herbeizuführen. Im Interesse des Volksganzen muß daher ein restloser Abbau des Angestelltenkörpers abgelehnt werden, da die Wahrung des Angestelltenprinzips in den Verwaltungen eine ständige Auslese und daher Verbesserung und Verbilligung des Verwaltungsapparates gewährleistet.

Schiedsspruch für das Buchdruckgewerbe.

wtb. **Berlin**, 6. Nov. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Für das deutsche Buchdruckgewerbe ist zwischen den vertragschließenden Organisationen vereinbart worden, daß mit Rücksicht auf die eingetretene Geldentwertung statt der im letzten Schiedsspruch festgesetzten Vorauszahlungen von 60 v. H. bis spätestens Freitag, den 9. d. Mts. ein Vorschuß von insgesamt 180 v. H. des für die Woche vom 27. Oktober bis 2. November festgesetzten Lohnes zu zahlen ist, soweit die wirtschaftliche Lage der Betriebe dies gestattet.

Eine rhein. Goldnotenbank.

Bekanntlich sind seit einiger Zeit im Hinblick auf die zusammenbrechende Papiermarkwährung, die wegen des Verbots der vom Reich in Verkehr gebrachten oder zu bringenden „wertbeständigen" Zahlungsmittel im besetzten Gebiet doppelt und zehnfach fühlbar wird, westdeutsche Wirtschafts- und Bankkreise in Beratungen auch mit der Rheinlandkommission eingetreten, eine Goldnotenbank für das besetzte Gebiet von Rheinland und Westfalen im Rahmen des Reiches und auf der Grundlage einer Mark (nicht des Franken!) zu schaffen. Auch Angehörige der rheinischen Behörden glaubten ihre gewichtigen Gründe dafür zu haben, daß sie eine solche Regelung herbeiwünschten. Nunmehr wird aus Koblenz nachamtlich verbreitet, daß dort zwischen Vertretern sämtlicher westlicher Handelskammern von Dortmund bis Düsseldorf sowie Finanzkreisen mit Herrn Tirard eine Besprechung stattfand. Der Vorschlag zur Schaffung einer rheinisch-westfälischen Goldnotenbank wurde erörtert. Man kam zu dem Beschluß, daß gegen ein solches Finanzinstitut im Interesse der Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für Rheinland und Westfalen keine Bedenken vorliegen. Das von der Goldnotenbank neu ausgegebene Geld solle wie alle anderen Devisen gehandelt und in den Verkehr gebracht werden. An der neuen Goldnotenbank werde internationales Kapital beteiligt sein.

Der Berliner Vertreter der K. V. meldet dazu: „Von Regierungsseite wurde gesagt, es sei bekannt, daß ein solcher Plan erwogen werde und Geheimrat Dr. Louis Hagen (Köln) dahinter stehe. Aber daneben bestehe auch noch ein anderer Plan, der auf eine sogenannte Rheinische Rentenbank hinauslaufe. Von rheinischen Abgeordneten wird hier auf die Möglichkeit hingewiesen, daß man sich am Rhein auf dem Währungsgebiet selbst helfen werde, weil von Reichswegen so wenig mehr geschehen könne."

In Dortmund fand eine Tagung des dortigen Wirtschaftsausschusses, dem auch Vertreter der Besatzungsbehörde angehören, statt. In dieser Sitzung wurde ebenfalls die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels im besetzten Gebiet für notwendig erachtet. Mit der Industrie werde über die Gründung einer Notenbank verhandelt, wobei man hoffe, daß die beteiligten Städte und die benachbarten Industrien die Bürgschaft für das Geld übernehmen. Zunächst wird von deutscher Seite gewünscht, daß der Verkehr mit Goldanleihestücken und Rentenmark einstweilen gestattet wird. Weiter wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Franzosen den wilden Devisenhandel unterbinden.

Preistreiberei und Geldentwertung.

Aus einer Verfügung des Justizministers teilt der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes mit: Soweit die Einziehung des übermäßigen Gewinns oder Verdienstes oder des über den Höchstpreis erzielten Erlöses gesetzlich vorgesehen ist, kann neben dem bisher allein zuständigen Generalstaatsanwalt in Zukunft auch der Oberstaatsanwalt genehmigen, daß von der Durchführung der Einziehung mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit des Betrages abgesehen werde. Für die Bemessung der Höhe des einzuziehenden Betrages ist § 16 Absatz 1 Satz 2 der Preistreibereiverordnung in der neuen Fassung vom 13. Juli 1923 von Bedeutung. Der in ihr ausgesprochene Grundsatz, daß bei der Festsetzung des einzuziehenden Betrages die Verschlechterung oder Besserung der Kaufkraft des Geldes angemessen zu berücksichtigen sei, ist daher auch bei solchen Straftaten anzuwenden, die vor ihrem Inkrafttreten begangen und deshalb nach dem früheren Rechte zu beurteilen sind. Die Staatsanwaltschaft wird ersucht, dies bei ihren Anträgen zu beachten.

Die Teuerungsunruhen.

Beruhigung in Berlin.

wtb **Berlin**, 7. Nov. (Tel.) Die Plünderungen und Ansammlungen, die gestern abend noch vereinzelt vorkamen, wiederholten sich bis heute vormittag nicht. Das energische Vorgehen der Schutzpolizei scheint zur Beruhigung beigetragen zu haben.

Unruhen in Pirmasens.

wtb **Pirmasens**, 7. Nov. (Tel.) Im Laufe des Abends kam es zu Unruhen seitens der Erwerbslosen. Mehrere Geschäfte wurden geplündert. Die Polizei mußte einschreiten, da aus der Menge ein Schuß fiel. Soweit bekannt, ist neben mehreren Verletzten auch ein Toter zu beklagen.

Rheinischer Provinziallandtag.

Barmen, 8. November.

Die gestern nachmittag abgehaltene 2. Plenarsitzung der außerordentlichen Tagung begann mit einem von den Kommunisten verursachten

tumultuarischen Auftakt.

Der Präsident Dr. Jarres teilte nach Eröffnung der Sitzung mit, der Aeltestenrat habe beschlossen, daß in dieser Sitzung nur der Bericht über den separatistischen Terror erstattet werden solle, daß aber heute keine Aussprache sich daran knüpfen solle.

Darauf meldete sich der kommunistische Abg. Knab zur Geschäftsordnung zum Wort, um folgendes mitzuteilen: Der Präsident habe gerügt, daß in der Dienstags-Sitzung trotz seiner Aufforderung, es möchten nur Mitglieder des Provinzial-Landtages im Saale vor ihm Platz nehmen, der kommunistische Reichstagsabg. Stöcker im Saale geblieben sei. Die Mitglieder der kommunistischen Fraktion seien erst nach dieser Erklärung bezw. Aufforderung des Präsidenten im Saal erschienen, so daß sie und somit auch der Reichstagsabg. Stöcker keine Kenntnis davon gehabt hätten.

Abg. Knab fuhr dann fort: Gegenüber der Mitteilung des Präsidenten, daß heute nur Tatsachenmaterial über den separatistischen Terror entgegengenommen werden solle, habe die kommunistische Fraktion gefordert, daß sie eine Erklärung abgeben könne; der Aeltestenrat habe zuerst zugestimmt, später aber diese Zustimmung zurückgenommen. Er bestehe aber auf der Abgabe der Erklärung seiner Fraktion, die sich gegen die Separatisten erkläre.

Präsident Dr. Jarres: Er habe die Vorschläge des Aeltestenrates vorgelegt. Bei der Befragung des Hauses billigten alle Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten die Vorschläge des Aeltestenrates bezw. des Vorsitzenden, daß heute nur der Bericht über den Separatistenterror vorgetragen, aber keine Erklärung abgegeben werden solle.

Als hierauf der Präsident dem Abg. Studienrat von Ittern (Zentr.) aus Krefeld das Wort erteilte, sprang der Kommunist Völker ans Rednerpult und verlangte entgegen dem Beschlusse aller anderen Fraktionen des Hauses die kommunistische Erklärung zu verlesen. Die Glocke des Präsidenten und die ununterbrochenen Zeiderufe und Schlußrufe des Hauses vermochte der Kommunist jedoch nicht zu übertönen, man sah ihn zwar aufgeregt mit den Armen fuchteln und mehrfach mit der Faust auf das Pult schlagen, seine Erklärung aber verhallte ungehört in den Widerspruchsäußerungen des Hauses, so daß der kommunistische Terrorakt seinen Zweck völlig verfehlte.

Der Präsident erklärte, er wolle gegen den Abg. Völker keine Maßnahmen treffen; er charakterisierte aber dessen Vorgehen als einen unerhörten Vorgang.

Dann nahm der Berichterstatter Abg. von Ittern das Wort zu seinem Referat, das in seiner sachlichen Charakterisierung der Elemente, die sich anmaßen, den Willen der rheinischen Bevölkerung zu vertreten, außerordentlich tiefen Eindruck machte und zum Schluß einen vielfach von Zustimmungsäußerungen des Hauses unterstrichenen Protest der rheinischen Bevölkerung gegen den Terror des landfremden verbrecherischen Separatistengesindels darstellte. Der Redner führte u. a. aus: Die Tagung gelte der Aufgabe, vor der Welt und vor unseren Gegnern zu protestieren, da wir kein anderes Mittel der Abwehr haben. Die Separatisten behaupten, berufen zu sein, das rheinische Volk zu vertreten und den rheinischen Geschicken eine neue Wendung zu geben.

Der Redner wies an Hand ausführlichen und einwandfreien Materials nach, daß die Separatistenbanden aus landfremden, vielfach vorbestraften Personen bestehen. Die rheinische Republik, die diese Banden ausgerufen, würde im selben Augenblick hinweggefegt sein, wo man diesen Burschen den Revolver aus der Hand schlüge. Also mit der „unabhängigen rheinischen Republik" habe das Rheinland absolut nichts zu tun. Wir werden nie und nimmer dulden, daß die Welt glaubt, die Separatisten und ihre durch Waffengewalt angemaßte Herrschaft sei die Regierung, die das rheinische Volk sich wünsche und auf die Dauer dulden werde. Wir stellen uns absolut auf den Boden der Verfassung des Deutschen Reiches. Wir protestieren und rufen die ganze Welt an, Verständnis zu haben für unsere Lage. Die Welt braucht nur zurückzukehren zu Recht und Gesetz, dann ist unserem rheinischen Volke und unserem deutschen Volke geholfen. (Bravo und lebhaftes Händeklatschen.)

Nächste Sitzung morgen.

Rhein und Ruhr.

Ein Zusammenstoß mit Kruppschen Arbeitern.

* **Aus dem Ruhrgebiet**, 6. Nov. In Duisburg-Hochfeld kam es heute vormittag zu einem Zusammenstoß zwischen Separatisten und Kruppschen Arbeitern, als letztere die Separatisten hinderten, in einer Brotfabrik Mehl und Brot wegzunehmen. Die Separatisten flohen schließlich auf die in der Nähe gelegenen Rheinschiffe und schossen von dort aus auf ihre Verfolger. Sechs Arbeiter wurden durch Schüsse schwer verletzt. Die belgische Gendarmerie, die von dem Plünderungsversuch benachrichtigt worden war, verhaftete die Separatisten und zwölf noch 25 uniformierte Separatisten, die zur Unterstützung ihrer Genossen herbeigeeilt waren. In der Bevölkerung glaubt man, daß die separatistische Bewegung vor dem Zusammenbruch steht, nachdem die Belgier die Requisitionen und die Ausgabe von Separatisten-Notgeld verboten haben.

Nichts bekannt.

wtb **Erkelenz**, 7. Nov. (Tel.) Nach einer Havasmeldung aus Paris vom 6. November sollte bei einer Schlägerei hier von einem belgischen Offizier ein Deutscher getötet worden sein. Davon ist hier weder auf deutscher Seite noch bei der Besatzung etwas bekannt.

Die Lage in der Pfalz.

wtb **Kaiserslautern**, 7. Nov. (Tel.) Die Separatisten sind hier nach wie vor die Herren der Lage. Der Haupträdelsführer ist der Führer der freien Bauernschaft, Heinz-Orbis, der früher Offizier war. Als die Separatisten in die Räume des Fernsprechamtes eindringen wollten, wurden sie von den Franzosen wieder hinausgetrieben. Im Laufe des Tages erfolgten Plünderungen. Unter den Separatisten selbst kam es verschiedentlich zu Meutereien. Leute, die den ganzen Tag nichts zu essen erhalten hatten, verlangten Brot, Essen, Geld und Urlaub. Diejenigen, denen dies verweigert wurde, rissen aus. Die Separatisten drangen ferner in die Löwen-Apotheke ein und verlangten Medikamente, die ihnen verweigert wurden. Infolge der drohenden Haltung der Menge, die sich vor der Apotheke angesammelt hatte, mußten die Separatisten das Feld räumen.

Notgeldfälschung der Separatisten.

wtb **Berlin**, 7. Nov. (Tel.) Die Separatisten bemächtigten sich in Kreuznach der städtischen Notgelddruckpressen und lassen bedeutende Summen Notgeld täglich drucken. Der Kreisdelegierte der interalliierten Kommission ordnete an, daß die Privatbanken dieses Geld einlösen müssen und zwang ferner die Beamten der Reichsbank unter Androhung von Freiheitsberaubung und Vermögenskonfiskation, das Notgeld gleichfalls anzunehmen. Es wurden gestern allein bei der Reichsbank 6- bis 7000 Billionen eingelöst. Für die von den Sonderbündlern gedruckten Notgeldscheine wurden in großem Umfange direkt oder nach vorherigem erzwungenen Umtausch gegen Reichsbanknoten Devisen in Saarbrücken und Köln erstanden.

Saatenstand in Preußen Anfang Nov.

Die Statistische Korrespondenz führt hierzu u. a. aus: Nachdem die Entwicklung sämtlicher Feldfrüchte des laufenden Erntejahres endgültig abgeschlossen und ihre Einbringung bis auf Rüben, Kohl und Reste von Kartoffeln beendet ist, erstreckten sich im vorliegenden Bericht die Bemerkungen auf die jungen Herbstsaaten und den Klee. Die Herbstwitterung war für das Keimen, Aufgehen und Wachsen dieser Früchte äußerst günstig, da die Luft bisher ungewöhnlich milde geblieben ist. In den ersten drei Oktoberwochen gingen dazu fast täglich sehr anhaltende und ergiebige Landregen im ganzen Staatsgebiet nieder. Die letzten acht Tage waren dann weniger feucht, meist sonnig; in den frühen Morgenstunden traten vereinzelt leichte Reifbildungen auf.

Für den Fortgang der Bestellungsarbeiten war die anhaltende Regenzeit jedoch recht störend, weil die Arbeiten oft unterbrochen und wegen der zu großen Nässe des Bodens vielfach völlig eingestellt werden mußten. In den Küstengebieten und besonders in Schleswig-Holstein mit dem vorwiegend schweren Marschboden sind die Bestellungen noch sehr im Rückstand; stellenweise konnte sogar noch nicht einmal damit begonnen werden. Außer

Abonniert die „Schwerter Zeitung"!

der starker Nässe ist auch das späte Einbringen der Ernte für die Bestellungen recht hinderlich gewesen, weil die Felder nicht rechtzeitig geräumt wurden. Immerhin wurde trotz allen Hemmnissen die Einsaat in den meisten Gegenden, hauptsächlich während der letzten Wochen, rüstig betrieben, so daß sie zumeist bis auf Bestellungen, die als Fruchtfolge auf die freiwerdenden Kartoffel- und Rübenfelder kommen sollen (Weizen und Reste von Roggen) beendet ist.

Für die bereits aufgegangenen Saaten und den jungen Klee lauten die Begutachtungsziffern, die aus 3256 Berichten der landwirtschaftlichen Vertrauensmänner zusammengestellt worden sind, wenn 2 gut, 3 mittelmäßig, 4 gering und 5 sehr gering bedeutet, folgendermaßen: Weizen 2.7 (gegen 3.1 vor einem Jahre), Spelz 2.7 (3.3), Roggen 2.7 (3.1), Gerste 2.6 (2.9), Raps und Rüben 2.6 (2.8) und junger Klee 2.6 (2.6). Von vielen Berichterstattern konnten noch keine Noten über den Stand der Saaten abgegeben werden, da diese noch nicht abgelaufen oder überhaupt noch nicht bestellt sind. Infolgedessen geben die Durchschnittsziffern von dem Stand der Saaten nur ein annähernd richtiges Bild, während die Ziffern für Raps und jungen Klee als voll zutreffend gelten können. Wie man sieht und wie in Anbetracht des milden und feuchten Herbstes auch zu erwarten war, werden sämtliche Fruchtarten günstig beurteilt. Zumeist wird hervorgehoben, daß Saat- und Kleeflächen dicht bezogen sind und ein üppiges Wachstum und Aussehen zeigen. Die durchschnittliche gleiche Bewertung mit 2.7 für Weizen, Spelz, Roggen und Gemenge sowie mit 2.6 für Gerste, Raps und jungen Klee ist zumeist wesentlich besser als im Vorjahre, und zwar bis zu 0.6 Punkten, auch besser als 1921; sie nähert sich ziemlich dem Stande von 1913.

An Schädlingen werden Mäuse und Schnecken häufig genannt, die besonders auf den Kleeschlägen verbreitet sind, aber auch den Saaten stellenweise merkliche Einbuße zufügen. Zu einer Plage haben sie sich jedoch bisher noch nirgends auswachsen können, da die Nässe der Mäusevermehrung sehr hinderlich war. Ueber Hamster, Engerlinge, Saatkrähen und Wild wird nur vereinzelt geklagt.

Was die Futterpflanzen angeht, so sind Wiesen und Weiden unter der günstigen Einwirkung des milden und feuchten Wetters trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit ungewöhnlich gut bewachsen, so daß sie dem Weidevieh reichliche Nahrung bieten. Infolge der großen Nässe hat man jedoch das Mähheu schon frühzeitig aufstellen müssen, treibt es aber am Tage zumeist wieder aus. Der letzte Schnitt der Wiesen und Futterpflanzen konnte nicht überall trocken eingebracht werden; es sind daher mehr oder weniger erhebliche Mengen verdorben. Die Einbringung der Rüben ist jetzt voll im Gange; an Kartoffeln sind nur noch Reste draußen.

Aus Nah u. Fern.

Die Eisenbahntarife.

Um den beim Publikum noch bestehenden vielfachen Unklarheiten über das bei der Reichsbahn neu eingeführte Tarifsystem zu begegnen, gibt die Reichsbahndirektion folgende Darstellung zur Veröffentlichung: Vom 1. November d. Js. an gelten die im Personen- und Güterverkehr bestehenden Grundpreise als Goldpreise, welche mit einer dem Berliner Goldmarkkurse entsprechenden Umrechnungszahl vervielfältigt werden. Die Umrechnungszahl, die für den Personen- und Güterverkehr gleich ist, wird am Vorabend an den Fahrkartenausgaben und an den Güterabfertigungskassen durch Aushang bekanntgemacht.

Die praktische Anwendung des Goldtarifsystems sei an einem Beispiel aus dem Personenverkehr erläutert: Der Grundpreis einer Fahrkarte 3. Klasse von Köln nach Elberfeld (46 Kilometer) beträgt 1.6 Goldmark; dieser Betrag ergibt sich aus der Vervielfachung des Einheitssatzes von 3,3 Pfennig für das Kilometer in der 3. Klasse mit der Kilometerzahl; der Goldmarkbetrag ist auf volle Tarifpfennig nach oben aufzurunden. Am 3. November betrug nach einer Umrechnungszahl von 76 Milliarden der Fahrpreis 3. Klasse für die genannte Strecke 1,6 Mark mal 76 Milliarden = 121.6 Milliarden Mark.

In gleicher Weise werden die Güterfrachten aus der Vervielfachung der Goldmarkfrachten mit der jeweiligen Umrechnungszahl gewonnen; als Goldmarksätze gelten dabei die Grundtarife vom 18. September 1923.

Sparkonten für Lotteriespieler.

Wir haben vor einigen Tagen über die Reform der preußisch-süddeutschen Klassenlotterie berichtet, die vom Dezember ab zu wertbeständigen Gewinnen, aber auch zu wertbeständigen Lospreisen ihre Zuflucht nimmt. An diese Neuerung haben wir die berechtigte Befürchtung geknüpft, daß gerade die kleineren Leute sich nun das Lotteriespielen werden versagen müssen. Einige Lotterieeinnehmer im Osten Berlins haben nun einen Modus ausgearbeitet, der Erleichterungen bei der Einzahlung schafft. Die Teilzahlung auf Lose ist zwar laut einem alten Reichsgesetz verboten. Die östlichen Lotteriekollekteure haben, um mit dieser Bestimmung nicht in Konflikt zu geraten, Losiparkonten eingerichtet, wo jederzeit beliebige Papiermarkbeträge eingezahlt werden können, die für die Lospreise der wertbeständigen Staatslotterie in Anrechnung gebracht werden. Der Inhaber solcher Sparkarte erhält Anspruch auf einen gewünschten Losabschnitt, sobald die Papiermarkbeträge den Gegenwert des amtlichen Lospreises erreicht haben. Der notwendige Betrag muß offiziell etwa eine Woche vor der Ziehung erreicht werden, damit der Lotterieeinnehmer entsprechend disponieren kann. Er wird in Ausnahmefällen wahrscheinlich auch bereit sein, Stundungen über diesen Termin hinaus vorzunehmen. Um aber zu verhindern, daß Jemand von der Sparkassenabteilung des Kollekteurs Gebrauch macht, ohne einen Loskauf zu beabsichtigen, enthält die Sparkarte einen einschneidenden Passus, wonach die eingezahlten Papiermarkbeträge ohne Rücksicht auf das Verhältnis der Papiermark zur Goldmark zurückgezahlt werden, wenn bis zu einem Termin der Gegenwert des Lospreises nicht erreicht wird. Dieser Passus, so bedenklich er auch ist, wird das wirklich spielwillige Publikum wohl nicht abschrecken, sich ein Lotteriesparkonto anzulegen, weil bei diesen unsicheren Währungsverhältnissen dadurch wenigstens die Möglichkeit gegeben ist, Mitspieler zu werden.

Unwetter in der Nordmark.

bb. **Berlin**, 7. Nov. Die Westküste von Schleswig-Holstein ist von einem schweren Unwetter heimgesucht worden. Die Bahnstrecke Rendsburg—Husum ist infolge Hochwassers unterbrochen. Verschiedene Gehöfte sind durch Blitzschlag eingeäschert worden, wobei der Viehbestand und größere Erntevorräte vernichtet wurden.

Deutsch-englischer Boxkampf.

bb **Berlin**, 7. Nov. (Privattel.) Bei den gestrigen Boxkämpfen im Berliner Sportpalast schlug der deutsche Mittelgewichtsmeister Kurt Prentzel den Engländer Billy Fullerton in der vierten Runde knock out.

Unfall im Filmatelier.

bb **Berlin**, 7. Nov. (Tel.) Im Zoo-Filmatelier ereignete sich bei einer Aufnahme ein Gerüsteinsturz, an den Kulissen, drei Arbeiter wurden schwer verletzt.

Grubenunglück in Virginia.

wb **London**, 7. Nov. (Tel.) Reuter meldet aus Charelstown (Westvirginia): Im Glenrogers-Bergwerk ereignete sich eine schwere Entzündung. Bisher wurden 12 Leichen geborgen. Man fürchtet für das Leben weiterer 30 Bergleute, die in den Gruben sind.

Die amerikanische Wissenschaft und die undankbaren Deutschen.

In Chicago, der Stadt der Schlachthäuser, des Cornedbeefs und der saftigen Schinken, hat man ein physiologisches Institut. Und in diesem Institut hat man Hungerversuche gemacht. Eine Anzahl Studenten haben 15 Tage gehungert und der amerikanischen Wissenschaft folgende Erkenntnis vermittelt: Durch Hungern wird erstens das Fett vermindert und zweitens der Verdauungsprozeß vereinfacht.

Es bedurfte dieses wichtigen Experiments, damit man in Amerika überhaupt mal erfährt, was dieses komische Phänomen des Hungers eigentlich bedeutet. Man liest davon morgens beim Frühstück in den Zeitungen, wenn von Deutschland die Rede ist, und kann sich zwischen Buttertoasts, Marmeladennäpfchen und Plumpuddings ganz und gar nichts dabei vorstellen. So müßte man erst das physiologische Institut bemühen, während in Deutschland dank den dort durch den Verband mit amerikanischer Hilfe getroffenen Einrichtungen schon jedes Kind in die Lage gesetzt ist, zu wissen, daß Hunger erstens Fett vermindert und zweitens den Verdauungsprozeß vereinfacht. Und trotzdem sind diese damned Germans nicht mal dankbar dafür.

Frau Fahmy heiratet wieder.

Frau Fahmy, die vielgenannte Mörderin des steinreichen ägyptischen Prinzen, die ihren tyrannischen Gatten niederschoß und von den englischen Geschworenen freigesprochen wurde, begibt sich, wie englische Blätter melden, nach Aegypten, um dort den Privatsekretär und persönlichen Freund ihres verstorbenen ersten Gatten, Said Emani, zu heiraten. Es handelt sich bei dieser neuen Heirat um eine durch Zweckmäßigkeitsgründe veranlaßte Scheinehe; denn Frau Fahmy kann nach ägyptischem Recht als juristische Person nur gelten, wenn sie die Gattin eines Mohammedaners ist. Das ist aber heute für sie besonders wichtig, weil ihr die große Erbschaft, die ihr nach ihrem Freispruch zufällt, von den Verwandten ihres ersten Mannes streitig gemacht wird. Eine unerwartete Hilfe ist ihr dabei durch die vier Wochen nach der Ermordung ihres Gatten gemachte Feststellung geworden, daß sie Mutterfreuden entgegensieht. Als kinderlose Frau hätte sie nur Anspruch auf ein Sechstel der Erbschaft des verstorbenen Mannes, wird sie aber Mutter eines Sohnes, so fällt ihr das gesamte Erbe als Nutznießerin zu, während sie, wenn sie Mutter einer Tochter wird, nur einen Teil der Erbschaft als Nutznießerin und für sich selbst ein Sechstel des Erbes erhält.

Eine Tragödie der Hundswut.

Ein entsetzlicher Vorgang spielte sich in dem Dorfe Gragnano bei Neapel ab. Hier hatte kürzlich ein von der Tollwut befallener großer Hund ein vierjähriges Mädchen in die Wangen gebissen. Die Krankheit kam bald zum Ausbruch, und das Kind starb unter entsetzlichen Qualen. Damit war indessen die Tragödie nicht zu Ende; denn als das Kind im Todeskampfe lag und die Mutter, um es zu beruhigen, es im Arme hielt, hatte es im letzten Krampf die unglückliche Mutter gebissen. Auch hier kam die Krankheit bald zum Ausbruch, und die Mutter starb, obwohl rechtzeitig alles zur Rettung geschah, ebenfalls unter furchtbaren Qualen.

Wie Rasputin ermordet wurde.

In der „Revue de Paris" ist eine Darstellung der Ermordung des russischen Wundermönchs Rasputin veröffentlicht worden. Die Darstellung stammt von dem russischen Duma-Abgeordneten Purischkewitsch, der selbst an der Abschlachtung Rasputins aktiven Anteil genommen hatte. Die Verschworenen hatten besprochen, daß Rasputin im Hause des Fürsten Jussupow durch vergifteten Wein und Kuchen ums Leben gebracht werden solle. Rasputin aber trank in bester Laune den Wein und aß große Mengen Kuchen, ohne das geringste Unbehagen zu zeigen, obwohl das darin enthaltene Zyankali hingereicht hätte, einige Dutzend normaler Menschen ums Leben zu bringen. Rasputin kam in immer bessere Laune und die Verschworenen, denen der Fall unheimlich wurde, hatten den Eindruck, er mache sich über sie lustig. Abergläubisch, wie sie waren, argwöhnten sie schließlich, Rasputin sei gegen das Gift gefeit. Nunmehr überredeten sie Jussupow, Rasputin niederzuschießen. Er holte einen Revolver und bald darauf hörten die Verschworenen aus dem Zimmer, wo sich Rasputin befand, den Knall eines Schusses und den Sturz eines schweren Körpers. Als sie die Tür öffneten, fanden sie Rasputin, auf einem weißen Bärenfell liegend. Die Kugel saß in der Brust, aus der Wunde war fast gar kein Blut geflossen. Kaum aber hatten sie wieder das Zimmer verlassen, so hörten sie plötzlich Jussupows Schreckensruf: „Zu Hilfe, er lebt, schießen, schießen!" Rasputin hatte sich mit staunenswerter Kraft erhoben und war die Treppe hinabgestürzt. Er erreichte den Vorgarten und rief mit unheimlich drohender Stimme: „Ich werde der Kaiserin alles sagen!" Nun eilte Purischkewitsch, ununterbrochen Schüsse abfeuernd, dem Flüchtigen, dessen Umrisse er in dem dichten Schneegestöber kaum erkennen konnte, ins Freie nach. Schließlich stürzte Rasputin, von Kugeln durchbohrt, zu Boden. Aus nächster Nähe schoß ihn der Mörder nochmals in den Kopf und mißhandelte die Leiche mit Fußtritten.

Deutsches Insulin.

Das neue Mittel gegen die Zuckerkrankheit, Insulin, dessen Entdeckung so großes Aufsehen erregt hat, wird nunmehr auch in Deutschland hergestellt. Wie in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift mitgeteilt wird, haben die Bayerischen Farbenfabriken ein Insulinpräparat in den Handel gebracht, das von dem für Deutschland eingesetzten Insulinkomitee geprüft und für vollwertig befunden worden ist. Bis ausreichende Vorräte zur Verfügung der deutschen Aerzteschaft vorhanden sind, wird das Präparat nur an Kliniken und größere Krankenanstalten abgegeben.

Chicago als Patenstadt Leipzigs.

Eine großzügige Organisation zur Unterstützung notleidender geistiger Arbeiter wurde von dem in Leipzig weilenden amerikanischen Schriftsteller White eingeleitet. Aus fünf Berufsgruppen sollen Führerpersönlichkeiten ausgesucht werden, die in Chicago Vorträge halten sollen. Die Finanzierung ist von Chicago zugesichert. Zwischen Chicago und Leipzig soll sich eine Art Patenstadtverhältnis bilden. Darüber hinaus plant das amerikanische Komitee eine Verbindung mehrerer geistiger Zentren Deutschlands mit amerikanischen Großstädten.

Keine Gefahr.

Die gnädige Frau liegt noch im Bett. Emma, das Mädchen vom Lande, soll das Bad herrichten. Sie meldet: „Mit dem Badethermometer kenn' ich mich nicht aus, gnädige Frau. Ich werd's Ihnen heroringen, dann können Sie selber nachsehn." — „Aber Emma, dabei fällt es ja." — „Nee, ich hab's schon fest." (Meggendorfer Blätter.)

Handel und Industrie.

Börsenbericht.

wtb **Berlin**, 7. Nov. (Tel.) Die bisherige langanhaltende Aufwärtshausse hat heute bei Beginn der Börse eine jähe Unterbrechung erfahren. Veranlassung dazu war der Hinweis der Presse, daß die bisherigen starken Kurserhöhungen, gemessen an dem bisher von der Reichsbank niedergehaltenen Devisenstand, bei der Mehrzahl der Papiere bereits weit über den Friedensgoldstand hinausgegangen seien. In gleicher Richtung wirkte die am Geldmarkt plötzlich hervorgetretene Verknappung, die sich in Sätzen von 3 bis 8 und verschiedentlich auf 10 bis 15 je nach der Qualität der Firma äußerte. Diese Versteifung wurde im Zusammenhang mit der durch die Lieferung der Kassenquittungen nunmehr fällig gewordenen Abnahme der Goldanleihe auf die früheren Käufe gebracht. Unter diesen Verhältnissen schritt ein großer Teil der Spekulation zu Verkäufen, so daß die bisherige Materialknappheit auf einmal verschwunden ist und der ebenfalls kleiner gewordenen Nachfrage genügendes Verkaufsmaterial gegenüberstand. Die Rückwärtsbewegung der Kurse vollzog sich ebenso sprunghaft wie bisher die Steigerungen vor sich gegangen sind. Der Kursstand senkte sich auf allen Märkten einschließlich der im Freiverkehr gehandelten Kolonial-, Kali- und unnotierten Werte durchschnittlich um ein Viertel bis ein Drittel und für eine ganze Anzahl Papiere um die Hälfte. Diese Bewegung vollzog sich aber in aller Ruhe. — Am Devisenmarkt war die Nachfrage so stark, daß der Reichsbank die Niedrighaltung der Kurse nicht mehr möglich war. Diese wurden bei durchweg nur 2prozentiger Zuteilung auf der Basis von 2.800 Milliarden für London und 630 für Newyork festgesetzt. Diese Steigerung bildete in der zweiten Stunde das Signal für einen Tendenzumschwung auf allen Märkten. Die allseits eintretende kräftige Erholung glich die nach den ersten Kursen erlittenen weiteren Verluste wieder aus. Die Neigung der Spekulation zu Rückkäufen wurde allgemein. Die Stimmung blieb aber unsicher und nervös.

Amtliche Berliner Devisenkurse.

	6. November		7. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Gulden	164588	165412	243350	244610
Buenos-Aires	133665	134335	197505	198495
Belgien 1 Fr.	20048	21052	30023	31077
Norwegen 1 Kr.	63441	63759	93765	94235
Dänemark 1 Kr.	73017	73383	107720	108270
Schweden 1 Kr.	112119	112681	165585	166415
Finnland 1 M.	11372	11428	16957	17043
Italien 1 Lire	18952	19047	27980	28070
England	1,895250	1,904750	2,793000	2,807000
New York 1 D	418950	421050	628425	631575
Paris 1 Frk.	24339	24461	35910	36090
Schweiz 1 Frk.	75411	75789	111720	112280
Spanien 1 Pes.	56450	56741	83790	84210
Japan	204488	205212	305235	306765
Rio de Janeiro	37905	38095	55890	56145
Wien 100 Kr.	5985	6015	8977	9023
Prag 1 Kr.	12467	13531	18454	18446
Budapest 1 Kr.	22342	23058	33915	34085
Sofia	3990	4010	5785	5815
Jugoslawien	4938	4962	7371	7419

(Alles in Millionen Mark.)

Amtliche Devisenkurse in Köln.

* **Köln**, 7. Nov. Die Kurse der fremden Zahlungsmittel, soweit sie überhaupt festgestellt wurden, sind die gleichen wie in Berlin. Zugeteilt wurden heute von Devise Holland 2 Proz. (für Lebensmittel 5 Proz.), Paris 1¾ (5), Belgien 2 (5), Newyork 1½ (5), London 2 (10), Schweiz 1½ (5) Prozent.

Warum müssen die Bezugspreise der Zeitungen heute höher sein als vor dem Kriege?

Ueber diese Frage gibt der Verein Deutscher Zeitungsverleger folgende Antwort:

Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß die Bezugspreise, die die deutschen Zeitungsverlage jetzt erheben müssen, nicht etwa sich dem Friedenspreise anpassen können, sondern um ein Vielfaches darüber liegen müssen. Jedem, der sich vergegenwärtigt, daß die sämtlichen Herstellungskosten der Zeitungen heute weit über den Friedenspreisen liegen, wird dieses durchaus verständlich erscheinen. Der Anzeigenteil, aus dem in der Vorkriegszeit hauptsächlich die Herstellungskosten der Zeitungen gedeckt worden sind, ist zum größten Teil verschwunden. Der Bezieher, der früher durch das Bezugsgeld in der Regel nicht einmal den Preis des für die Zeitung verwandten Papieres bezahlte, die Zeitung also zum großen Teil geschenkt erhielt, stellt heute die wichtigste Einnahmequelle der Zeitung dar. Schon diese Tatsache zwingt die Zeitungsverleger dazu, einen wesentlich höheren Preis als im Frieden festzusetzen. Außerdem sind aber auch die Materialien ausnahmslos weit über den Friedensstand angelangt. So ist beispielsweise das Papier als wichtigster Rohstoff für die Zeitungsherstellung rund 50 Prozent teurer als im Frieden. Ganz enorm angeschwollen sind die Ausgaben für den Redaktions- und Nachrichtendienst. Es ist bekannt, daß auch in England, Frankreich, Italien usw. die allgemeine Lebenshaltung bedeutend kostspieliger geworden ist, als vor dem Kriege. Daraus erklärt sich die Steigerung aller Ausgaben für den Nachrichtendienst von selbst. Wenn infolge des allgemeinen Niederganges des Wirtschaftslebens die Auflagenhöhe aller deutschen Zeitungen ohne Unterschied stark zurückgegangen ist, so können die Zeitungen trotzdem ihren Redaktionsstab, das technische und kaufmännische Personal, die Aufwendungen für technische Betriebsmittel nicht in einem Umfange einschränken, der die Regiekosten verringern würde — im Gegenteil verteilen sich diese auf eine kleinere Produktionsmenge und wirken daher auf die einzelnen Stücke der Zeitung verteuernd.

Nicht vergessen werden dürfen die außerordentlich angewachsenen Steuern — die Anzeigensteuer und die Betriebssteuer, die es im Frieden nicht gab, sowie alle anderen Steuern, die im Vergleich zum Frieden eine gewaltige Erhöhung erfahren haben.

Alles dieses macht es zur Unmöglichkeit, daß die jetzigen Preise sich in der Höhe der Friedenspreise halten. Die Leserschaft wird sich diesen zwingenden Gründen nicht verschließen.

Verein Deutscher Zeitungsverleger
(Herausgeber der deutschen Tageszeitungen e. V.)

Kochberg.

Kochberg — eine Goethestätte. Wohl nicht Jeder, der in 1½ bis 2 Wegstunden von Rudolstadt nach Kochberg kommt, wo die Wälder mit den Erdbeer-, Brombeer- und Haselnuß-Sträuchern üppig wuchern, wo die tiefste Einsamkeit auf den Bergen wohnt, weiß, daß da oben das Stammschloß der Steins ist, daß dort Goethe oftmals weilte und auch Karl August nicht selten zu Gaste war.

*

Unter der breitästigen Dorflinde auf dem Goetheplatz tummelt sich noch heute die Jugend dieses lieblichen Dörfchens mit seinen hellen Fachwerkhäusern und seinen schmucken Gehöften.

Schloß Kochberg überragt mit dem grauen, viereckigen Häusermassiv die Dächer des Dorfes, und reizvoll wirkt der schöne, alte Park, der im Barockstil gehaltene Westflügel und der breite Wassergraben mit der Brücke vor dem Schloß.

Anfang Dezember 1775 war es, als Goethe zum erstenmal auf Schloß Kochberg weilte, und hier, in der alten, traulichen Burg, fern dem höfischen Leben, wo Charlotte und er sich ungestört über alles, was sie bewegte, aussprechen konnten, wurde der Grund zu der langen, innigen Freundschaft gelegt, die diese beiden Menschen verband. Er war dann noch oft, sehr oft auf dem Steinschen Landsitz, allein, mit dem Herzog, mit Knebel auf Wanderungen in der Umgebung von Ilmenau, und endlich zum letztenmal mit Herders Frau, Fritz von Stein und Frau von Schardt am 5. September 1788.

Goethe hat sehr gerne in Kochberg geweilt, er hat dort viel in der näheren und weiteren Umgebung gezeichnet. Er hat auch Charlotte beraten bei Veränderungen und Verschönerungen im Park und hat die ganze nähere und weitere reizvolle Umgebung durchstreift.

Es ist im Schloß von Kochberg noch so manches bewahrt, das an ihn erinnert. So der nach seinen Entwürfen gefertigte, sehr schöne und praktische Schreibtisch aus Mahagoni mit unendlich vielen großen und kleinen Schubladen, an dem ein Jahr gearbeitet sein soll, Bilder von ihm, ein Abguß seiner Hand und anderes mehr. Auch der Briefwechsel zwischen ihm und Charlotte wurde bis vor nicht langer Zeit in Kochberg aufbewahrt, ist dann aber von dem jetzigen Besitzer, Freiherrn Felix von Stein, dem Weimarer Goethemuseum übergeben worden.

Weitere interessante Einzelheiten auch über den Aufenthalt der Charlotte von Stein auf Schloß Kochberg teilt uns Ilse-Dore Tanner im neuesten Heft der „Gartenlaube" mit, dem wir auch die obigen Mitteilungen entnehmen.

*

Millionär—Milliardär—Billionär.

Bedenken geldlicher Natur
Verleideten mir den Genuß
Von simplem Moselfurius;
Zigarren raucht ich Sonntags nur,
Und restlos machte mich nicht froh
Mein neuer Sommerpaletot;
Bei Stiefeln dacht' ich von Chevreaux
Rindleder tät' es ebenso —
Ich war derzeit, 's ist nicht lang her,
Millionär.

Verflucht metallisch von Geschmack
Ward allgemach das dünne Bier;
Es stank, ein Kohlenmeiler schier,
In meiner Pfeife der Tobak;
Den Schneider, der mir meinen Rock
Gewendet, wünscht' ich in den Stock,
Doch rasch zurück den Wunsch ich nahm,
Als dann die Schusterrechnung kam —
Ich war derzeit, 's ist nicht lang her,
Milliardär.

Infolge höherer Gewalt
Bin heut ich völlig abstinent;
Ich trinke Tee — was man so nennt,
Und Pfeifchen schmauch' ich nur noch kalt;
Durchsiebt sind meine Schuhe, da
Das Sohlen unerschwinglich ja;
Mit Leukoplast verkleb' ich noch
Der letzten Hose klaffend Loch —
Ich bin zurzeit — ja, schaut nur her!
Billionär! (Köln. Ztg.)

Wochenabonnement: 40 Milliarden, Einzelnummer: 8 Milliarden Mk.

Zum Geleit.

Lasset uns dem nachstreben, das zum Frieden dienet, und was zur Besserung untereinander dienet.
Röm. 14, 19.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 8. November 1923

—* **Zugzusammenstoß.** In vergangener Nacht fuhr ein von Holzwickede kommender Güterzug im Bahnhof Schwerte-Ost aus noch ungeklärter Ursache auf einen im Bahnhof Schwerte-Ost haltenden Güterzug auf. Materialschaden nicht unbedeutend. Ein Schaffner des Güterzuges wurde leicht verletzt. Reiseverkehr wird vorläufig durch Umleitung aufrecht erhalten. Die Untersuchung ist eingeleitet.

—* **Die Auszahlung der Zusatzrente** (Teuerungszuschuß) für Kriegshinterbliebene und nicht im Erwerbsleben stehende Kriegsbeschädigte für den Monat November (Nachzahlung) findet am Freitag, den 9. November 1923 vormittags an der hiesigen Stadtkasse statt.

—* **Anträge auf Abhaltung von Versammlungen und Umzügen** sind nicht direkt an den Herrn Oberpräsidenten oder das Wehrkreiskommando, sondern stets durch die Hand der zuständigen Ortspolizeibehörde einzureichen und zwar so zeitig, daß der Dienstweg innegehalten werden kann. Vor Eingang der Genehmigung dürfen die geplanten Veranstaltungen selbstverständlich nicht stattfinden.

—* **Vollversammlung der Handelskammer zu Dortmund.** Am Samstag, 3. Nov., nachm. 4 Uhr, fand eine Vollversammlung der Handelskammer zu Dortmund statt. Anstelle des verstorbenen Herrn Geheimrat Dr. Beukenberg ist Herr Bergrat Kleine als ordentliches Mitglied in den Landes-Eisenbahnrat Köln aufgerückt. Als dessen Vertreter wurde Herr Dr. Moritz Klönne gewählt. Im Verlauf der Verhandlungen wurde u. a. über die Beratungen mit Vertretern der französischen Besatzungsbehörde in den neugebildeten gemeinsamen Wirtschaftsausschüssen, die die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, sowie die Wiederinbetriebnahme des Wirtschaftslebens zum Gegenstand hatten, berichtet. Weiterhin befaßte sich die Versammlung eingehend mit Währungsfragen, dem Arbeitszeitgesetz und der Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge. Endlich wurde den Mitgliedern von dem eingehenden Bericht der Handelskammer an den Handelsminister über die trostlose Lage des Einzelhandels im hiesigen Bezirk Kenntnis gegeben.

—* **10 Pfennig Ersatz für einen eingeschriebenen Brief.** Für den Verlust von Paketen ohne Wertangabe ersetzt jetzt die Post 2,8 Milliarden für jedes Pfund, für eine eingeschriebene Sendung 10 Milliarden, nach dem augenblicklichen Kurs also 10 Pfennig. Allerdings ist auch der Wert des Portos für das Einschreiben nur 1 Pfennig, die Beförderung des Briefes am Ort ½ Pfennig, nach auswärts ebenfalls 1 Pfennig. Die Vergleiche zeigen aber nur, daß mit der Papiermark jeder Geldverkehr immer mehr zur Unmöglichkeit wird.

—* **Wie die Goldanleihe an die Beamten verteilt wird.** Wertbeständige Zahlungsmittel werden zum ersten Male am 8. November für die Lohnzahlungen und am 9. für die Gehaltszahlungen für das zweite Monatsviertel vom Reiche verwendet. Die Bezüge werden zunächst in Papiermark berechnet und dann etwa 10 Prozent nach dem Kurse des Tages vor der Fälligkeit der Bezüge umgerechnet und zugeteilt. Konnten die wertbeständigen Zahlungsmittel nicht rechtzeitig beschafft werden, so wird vorläufig der gesamte Betrag in Papiermark gezahlt. Der Rest kann später eingewechselt werden. Dabei wird aber der Kurs zugrunde gelegt, der am Tage der Fälligkeit der Bezüge galt, ein erheblicher Vorteil für die Empfänger! Die nachträgliche Einwechselung kann auch für den Zahlungstag selbst als Regel zugelassen werden. Die Annahme wertbeständiger Zahlungsmittel kann abgelehnt werden. Für die Auszahlung von Pensionen des Reichspensionsamts und sonstigen Bezügen aus Reichs- und Staatskassen durch Post- und Zahlungsanweisungen kann die Post je bis zu einem bestimmten Betrage einen bestimmten Abschnitt der Goldanleihe umwechseln, soweit sie Papiermark aus Reichsmitteln erhalten habe.

—* **Keine Höchstgrenze für Postschecks.** Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat auf eine Eingabe an das Reichspostministerium den Bescheid erhalten, daß der Meistbetrag eines Postschecks bis auf weiteres keiner Beschränkung mehr unterliegt. Die Postschecks können daher auf jeden Betrag innerhalb des verfügbaren Guthabens ausgestellt werden.

—* **Der deutsche Gegenwert des Goldfranken** bei der Gebührenerhebung im Auslands-, Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist mit Wirkung vom 4. November an auf 91 Milliarden Mark festgesetzt worden.

Aus den Provinzen.

:=: **Dortmund.** (Unerwarteter Erfolg einer Berufung.) Der aus Rußland stammende 27 Jahre alte Arbeiter Eduard Fengler war seit Februar 1922 in der Wagenwerkstatt der Reichseisenbahn an der Huckarderstraße in Dortmund beschäftigt. Ende 1922 bezw. Anfang 1923 wurden dort sechs Treibriemen gestohlen. Fengler kam in den Verdacht, der Dieb zu sein. Das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren endete vor dem Schöffengericht mit seiner Freisprechung. Der Amtsanwalt legte Berufung mit dem Erfolge ein, daß die Strafkammer den Fengler mit einem Jo Gefängnis bestrafte und sofortige Verhaftung beschloß. F. wurde nachgewiesen, im Februar ds. Js. einen Treibriemen im Werte von 1 Million Mark gestohlen zu haben. Straferschärfend kam der grobe Vertrauensbruch, der hohe Wert des Riemens und die Tatsache in Betracht, daß durch den Diebstahl der Betrieb eine empfindliche Störung erlitten hatte.

:=: **Dortmund.** (Wegen Blutschande), begangen an seiner 21 Jahre alten Stieftochter, wurde der jetzt in Dortmund wohnende 61 Jahre alte Arbeiter Rüffer zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

:?: **Dortmund.** (Den Bock zum Gärtner) bestellt hatte die Firma Gebrüder Kaufmann in Dortmund, als sie den Hausdienern Franz Ehlert und Julius Wölk die nächtliche Bewachung ihres Geschäftshauses übertrug. Ehlert und Wölk hatten abwechselnd Nachtwache. Am 18. August hatte Wölk Nachtwache und wurde von Ehlert besucht. Beide unterhielten sich über schlechte Zeiten und schlechte Löhne und kamen auf den Gedanken, ihr Einkommen durch Diebstahl aufzubessern. Sie nahmen aus der Portierstube ein Schlüsselbund und fanden daran den Schlüssel, der die zum Lager führende Tür öffnete. Ehlert entnahm dem Lager 4 Paar Damenstrümpfe, 2 Dutzend Herrenhemden, 5 Dutzend Glacéhandschuhe und 2½ Dutzend Kragen und trug die Sachen heim. Am Tage darauf holten die Wächter 2 Dutzend Kragen und 1 Dutzend Strümpfe vom Lager und wiederum 2 Tage später besuchte Wölk das Lager, um 2 Dutzend Damenstrümpfe, ½ Dutzend Unterhosen, ½ Dutzend Herrenhemden, 5 Paar Glacéhandschuhe und ½ Dutzend Manschetten zu stehlen. Ehlert hat die entwendeten Sachen fast sämtlich an den Reisenden Waldemar Wille verkauft und 80 Millionen Mark von diesem erhalten. Wille gab die Sachen seiner Schwiegermutter Emilie Johanningmeier, die sie für 150 Millionen Mark verkaufte und Wille den Erlös einhändigte. Wölk fand in dem Sattler Anton Höhn, seinem Zimmerkollegen, einen Abnehmer für einen Teil seiner Beute. Er erhielt 41 Millionen Mark für eine andere Partie gestohlener Waren von dem Sattler Oskar Reinert und machte endlich noch ein gutes Geschäft mit dem Händler Michel Pohmann. Das Gericht verurteilte Hausdiener Wölk u. Ehlert je wegen zweier Diebstähle zu 7 Monaten Gefängnis, wegen Hehlerei den Höhn zu 1 Monat Gefängnis, an dessen Stelle eine Geldstrafe von 500 Milliarden Mark tritt, und den Wille anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu einer Geldstrafe von 1000 Milliarden Mark. Die übrigen in die Sache verwickelten Personen wurden freigesprochen.

Hattingen. (Wertvoller Münzenfund.) Der Wirt des Restaurants „Glocke" läßt in seinem Garten bauliche Veränderungen vornehmen. Bei den Ausschachtungsarbeiten fand man zwei gut verkorkte Bierflaschen in der Erde. Die eine ging durch den Spatenstich in Scherben, und so war es nicht möglich, sich von der Güte des goldgelben Bieres zu überzeugen. Die zweite Flasche, mit der man vorsichtiger umging, enthielt 42 deutsche Münzen, die heute einen hohen Milliardenwert haben und vielleicht die Baukosten decken. Die beiden Flaschen waren vor 15 Jahren gelegentlich einer Feier der Gesellschaft „Glocke", deren Mitgliederverzeichnis sich bei den Münzen befand, im Garten vergraben worden.

Anzeigenpreise ab 6. November:

Die Grundpreise betragen:

Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.— Mk.
Auswärts	80. „
Reklame	140.— „
Auskunftsgebühr	5.— „
Offertengebühr	10.— „

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl **(ab 6. November 130 000 000)** zu vervielfältigen.

Alle diejenigen, die in der Sache meiner Frau, Tod durch Ueberfahren eines Lastautos unter der Holzener Bahn-Unterführung (Schwerter Bahnhof), zweckdienliche Angaben machen können, werden gebeten, unter Angabe ihrer Adressen, solche mitteilen zu wollen.

Wilhelm Borneseld, Kötterbachstr. 13.

Kolonialwaren-Großhandlung in Schwerte sucht per sofort bilanzsicheren

Buchhalter (in)

die die Branche genau kennen. Gehalt Goldmark oder Tarif.

Angebote unter Nr. 3289 an die Geschäftsstelle.

Schlafzimmer mit Morgenkaffee

für sofort gesucht.

Angebote unter Nr. 7579 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Ehrensache!

Herr, 23 Jahre, sucht die Bekanntschaft eines einf. Mädels (Dienstmädel bevorzugt), zwecks **Heirat**. Witwe angenehm. Angeb. wolle man richten möglichst mit Bild, unter EF. 3288 an die Schwerter Zeitung.

Ein braves fleißiges

Morgenmädchen

3287 gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Zeitung

Die Meggendorfer-Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

„Immer mit der Zeit schreitend und für die Zeit."
„Eine Quelle herzerquickenden Frohsinns."

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Man abonniert beim Buchhändler, Postamt oder direkt beim Verlag der Meggendorfer-Blätter, J. F. Schreiber, München, Residenzstraße 10.

Mager Nuß III

Ersatz für Anthracit für Dauerbrenner

Fett Nuß II

für die Küche

stets auf Lager.

Kohlenhandlung Künkler, Hagenerstr. 7.

Eine

Bettstelle

(2 schläfig)

zu kaufen gesucht.

Zu erfr. in der Geschst.

Kaufe Lumpen

zu höchst. Tagespreisen!

Johann Schäfer,

Ruhstr. 17. Tel 358

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

8] (Nachdruck verboten.)

„Der Himmel schenke dir Genesung, Gerhard! Denn du mußt ein sehr kranker Mensch sein, daß du dich wie ein schlechter gebärden kannst!"

Sie war gegangen. Doktor Holthausen aber verharrte auch nach ihrer Entfernung in apathischer Regungslosigkeit auf seinem Platze. Eine Viertelstunde und eine zweite verging, ohne daß er ein Verlangen gefühlt hätte, sich mit etwas anderem zu beschäftigen, als mit seinen quälenden Gedanken.

Er hörte es nicht, als die Klingel des Fernsprechers auf seinem Schreibtisch ertönte, und erst, als das Signal lange anhaltend zum drittenmal laut wurde, fuhr er empor wie aus einem tiefen Schlaf.

Mechanisch nahm er das Hörrohr von dem Gestell, um sich zu melden. Aber seine matten Augen wurden wach und groß, als er die Stimme der Sprechenden erkannte.

„Hier Luisa Magnus!" klang es. „Ich bin noch in Herrn Jenssens Hause. Und Sie müssen auf der Stelle herkommen; denn mein Verlobter ist plötzlich schwer erkrankt!"

Er wollte sprechen, aber er brauchte Sekunden, um ein verständliches Wort herauszubringen; denn es saß ihm plötzlich wie eine würgende Faust an der Kehle.

„Schwer — erkrankt — sagen Sie? — An was für einer Krankheit?"

„Er ist plötzlich bewußtlos neben mir zu Boden gestürzt, bald nachdem er sich von dem letzten seiner Gäste verabschiedet hatte. Vielleicht ist es nur eine Ohnmacht, aber vielleicht auch etwas Schlimmeres. Ich weiß mir nicht zu helfen, und ich bitte Sie dringend, unverzüglich zu kommen!"

„Warum — warum haben Sie nicht an Doktor Rathjens telephoniert? Ich bin ja nicht Herrn Jenssens Arzt!"

„Wollen Sie mir deshalb Ihre Hilfe verweigern, auch wenn ich Sie inständig darum ersuche?"

„Nein. In wenigen Minuten werde ich bei Ihnen sein!"

„Als er den Hörer an seinen Platz gehängt hatte, sah er, daß er nicht mehr allein war. Zwei Schritte von ihm entfernt, stand Inge mitten im Zimmer und hatte die klaren Augen fest auf sein Gesicht gerichtet.

„Bei wem willst du in wenigen Minuten sein, Gerhard?"

„Luisa Magnus hat mich zu ihrem Verlobten gerufen, der plötzlich erkrankt ist. Ich bin Arzt und darf niemandem meine Hilfe verweigern!"

Seine Augen irrten im Zimmer umher, während er sprach, und seine Stimme hatte einen gepreßten, heiseren Klang. Er machte eine Bewegung, als wolle er an Inge vorüber zur Tür; sie aber vertrat ihm geradezu den Weg.

„Es gibt in dieser Gegend Aerzte genug, die ebenso schnell zur Stelle sein können wie du! Geh nicht in Jens Jenssens Haus, Gerhard! Wenn du noch einen Rest von Liebe für mich hast, so erfülle mir diese einzige Bitte!"

„Warum sollte ich nicht gehen? Wenn man mich als Arzt zu ihm ruft, ist er für mich ein Patient wie jeder andere. Und außerdem — ich habe es versprochen!"

„Wem hast du es versprochen? Seiner Verlobten — nicht wahr? Denn Herrn Jenssen selbst würde sicherlich jeder andere Arzt willkommener sein als du. Du brauchst nur an den Fernsprecher zu gehen und einen deiner Kollegen um diesen Krankenbesuch zu bitten. Und niemand wird besser verstehen als Luisa Magnus, weshalb du nicht gekommen bist!"

Er schien wirklich eine Sekunde lang unschlüssig, dann aber reckte er sich plötzlich auf und warf wie im Zorne den Kopf zurück.

„Eben, weil sie es verstehen würde, muß ich gehen! Ich will nicht, daß sie mich für einen Feigling hält!"

Nun machte sie keinen Versuch mehr, seinen Sinn zu ändern; aber sie sah auch die Hand nicht, die er ihr zum Abschied reichen wollte, und die Bewegung, mit der sie sich von ihm abkehrte, drückte deutlicher als Worte ihre Mißbilligung seines Verhaltens aus.

— — — — — — — — — — — — —

In Jens Jenssens Haus herrschte tiefe Stille, als Doktor Holthausen die hallenartige Diele betrat. Durch die offenstehenden Türen eines Vorgemaches konnte er bis in das große Speisezimmer sehen, wo die blumengeschmückte Tafel und die durcheinandergeschobenen Stühle noch alle Unordnung eines Aufbruchs nach üppigem Mahle zeigten. Aber es schien kein lebendes Wesen da zu sein als das Mädchen, das ihm mit gleichgültiger Miene entgegengekommen war, und dem er sich in seiner Eigenschaft als Arzt vorgestellt hatte.

Sie führte ihn in das erste Stockwerk hinauf, wo das Schlafzimmer des Hausherrn lag, und trat in den Vorraum desselben ein, um ihn anzumelden. Eine Minute später erschien Luisa in der Tür und streckte ihm ihre beiden Hände entgegen.

„Wie dankbar bin ich Ihnen, daß Sie gekommen sind! Bis an mein Lebensende werde ich es Ihnen danken!"

Sie zog ihn in das Zimmer, dessen zweite Tür durch einen schweren Vorhang gegen das eigentliche Schlafgemach hin abgeschlossen war, und mit einer Kopfbewegung bedeutete sie dem Mädchen, sich zu entfernen.

„Kann ich den Patienten sehen?" fragte Doktor Holthausen, indem er sich anschickte, weiterzugehen. Aber mit festem Druck erfaßte Luisa seine Hand, um ihn zurückzuhalten.

„Noch einen Augenblick, Gerhard! Sie sind überzeugt, daß es ein Schlaganfall ist — nicht wahr?"

„Wie sollte ich das beurteilen können, ohne den Kranken gesehen zu haben?"

„Nun, so sage ich Ihnen, daß es ein Schlagfluß ist. Er war wie ein Toter, als man ihn heraufstrug, und wie ein Toter liegt er jetzt noch immer in seinem Bett. Aber sein Herz schlägt und sein Atem geht wieder ruhig. Ist das ein günstiges Zeichen?"

„Ich glaube wohl, aber ich kann nichts Bestimmtes sagen, ohne ihn gesehen und untersucht zu haben. Und es darf keine Zeit verloren werden. Wenn es sich wirklich um einen Schlaganfall handelt, kann jede Minute des Zögerns eine uneinbringliche Versäumnis bedeuten!"

„Sie sind also entschlossen, ihm zu helfen? Sie wollen das Leben meines Verlobten retten, Gerhard?"

(Fortsetzung folgt.)